

## **Kritische Anmerkungen zu: »Für eine soziale Offensive und eine Politik des Friedens«**

06.08.2016 / Michael Riese und Jörg Prella / fds-hessen

- 5 Texte mit grundsätzlichem Anspruch ereilt in der Partei all zu oft das Schicksal, dass sie unter den Mitgliedern keine nachhaltige Wirkung entfalten. Das um so mehr, wenn sie sich auf Willensbekundungen allgemeiner Art fokussieren.

- 10 Für die Partei ist nach den Wahlen auch zumeist wieder vor den Wahlen. Das lässt wenig Zeit für inhaltliche Debatten. Oft artikuliert sich auch Enttäuschung darüber, dass auf den Parteitag zu viele Themen / Beschlüsse anstehen und diese gar nicht ausreichend beraten werden können.

- 15 Nun sind Parteitage Veranstaltungen zur Außendarstellung aber vor allem auch für Entscheidungen. Sie sind ein denkbar schlechter Ort für gründliche inhaltliche Beratung und Diskussion. Dafür muss Gelegenheit vor dem Parteitag bestehen, wie auch danach, um sich über die Ergebnisse austauschen zu können.

### **20 Debattenkultur und Foren**

- Wenn wir die politische Debatte in der Partei befördern wollen, dann brauchen wir auch entsprechende Foren, in denen das stattfinden kann. Regionale Konferenzen sind eine Möglichkeit (aber als einzelne Aktivität mit begrenzter Redezeit auch oftmals überladen). Geeignet sind eher elektronische Plattformen, weil man diese thematisch auch separieren kann. Auch wenn solche Angebote bisher nicht intensiv genutzt worden sind, sollte man auch auf diese Variante setzen. Eventuell müssen sich die Mitglieder erst daran gewöhnen und es muss auch deutlich werden, dass die Beteiligung zu etwas gut ist. Das bedeutet auch, dass solche Foren vom Vorstand moderiert werden müssen. Vielleicht sollte der Grundsatz gelten. Die Mitglieder können sich beteiligen, der Vorstand soll. So könnten die Mitglieder von einigen Vorstandsmitgliedern im Verlauf ihrer Amtszeit vielleicht auch mehr vernehmen, als einige nette kurze Worte bei ihrer Kandidatur.

### **35 Rechtspopulismus erledigt?**

- Wenn ein Beschluss des Landesvorstandes die politischen Schwerpunkte für die Partei bis zur Bundestagswahl umreißen will, muss es stark verwundern, dass ein so bedeutendes Thema wie die politische Auseinandersetzung mit den Erfolgen des Rechtspopulismus und der AFD überhaupt keine Erwähnung findet.

- 40 Als LINKE aufrecht gegen Rechts zu sein ist noch keine Strategie. Aber genau an dieser fehlt es. Wir haben noch nicht einmal ein klares Bild in der Einschätzung dessen, was sich da bei uns und in Europa gegenwärtig abspielt. Sind die Anhänger\*innen und

45 Wähler\*innen der AFD vor allem Verführte oder Erweckte, die endlich die Partei für alle ihre Vorurteile und ihren Hass gefunden haben?

Die Hoffnung jedenfalls, mit einem sozialen Wohlfahrtsprogramm, einem Mix aus sozialem Wohnungsbau und Mindestlohn dem Problem beizukommen, ist ein Trugschluss.

50 In der Auseinandersetzung mit den rechten Kräften geht es darum, die Hegemonie im Meinungskampf zu gewinnen.

Wir sollten nicht vornehmlich versuchen, AFD-Wähler\*innen ihre Ressentiments auszureden insbesondere nicht, in dem wir an diese anknüpfen. Vielmehr wird es 55 bedeutsam, die aus humanistischen Gründen engagierten Demokraten, das »Lager der gesellschaftlichen Solidarität« zu politisieren.

Es geht auch darum, Rechte im öffentlichen Raum zu isolieren. In einem Artikel der TAZ hieß es dazu richtig: »Wer gegen Fremde hetzt, dem muss klar sein, dass er oder 60 sie damit keinen Blumentopf gewinnen kann. Wer zivilisatorische Grenzen überschreitet, der muss wissen, dass er damit seinen eigenen Ausstoß aus der Gesellschaft befördert. Wer Gewalt oder Volksverhetzung verübt, ist ein Fall für die Justizbehörden und nicht für die Debattenkultur«.

65 Das besonders bemerkenswerte der Studie »Die enthemmte Mitte« besteht für die LINKE doch darin, dass im demokratischen und modernen Milieu der Einfluss für die LINKE wächst. Das müssen wir unbedingt für die politische Auseinandersetzung nutzen.

70

### **Der Dschihadismus - eine Geißel unserer Zeit**

Terroristische Anschläge in Europa, aber auch die Bilder verheerender terroristischer 75 Attacken in Afghanistan und dem Irak verunsichern und ängstigen viele Menschen. Solche Ängste werden von Demagogen und Populisten für ihre eigenen Ziele ausgenutzt. Zwar steigt auch erschreckend die Gefahr des Rechtsterrors im Lande, aber im Zentrum der Wahrnehmung steht vor allem das globale Problem des Dschihadismus.

80 Die Antwort der LINKEN kann kein Nachgeben gegenüber rassistischen Parolen und Islamhassern sein. Aber Kolonialismus und imperialistische Ausbeutung, auch das militärische Eingreifen der Großmächte und Industrienationen sind nicht die alleinigen Ursachen für die Entstehung des Islamismus, wie wir verschiedentlich glauben machen wollen.

85 Die Linke darf die islamistische Gefahr nicht banalisieren. In Afrika und Nahost führen islamistische Kräfte Krieg zur Eroberung der Macht. Wo sie Krieg führen, muss man sie

in diesem Krieg auch besiegen. Wo sie Terroranschläge verüben, werden die Staaten sich wehren. Dazu sind Polizei und Gerichte da.

90

### **Religionskritik gehört zur Linken**

Die Religionskritik in der europäischen Gesellschaft gehört zur fortschrittlichen Tradition der Linken. Das sollte heute ganz selbstverständlich die Kritik am Islam einschließen. Gegenüber dem Islamhass muss man den Weg einer rassistisfreien Islamkritik beschreiten.

95

Die Linke verteidigt Demokratie und gesellschaftliche Rechte aller Menschen. Das bedeutet auch, dass wir kulturelle und religiöse Traditionen, die mit Demokratie nicht vereinbar sind, nicht verharmlosen und nicht verteidigen.

100

### **Wir sind eine Partei des Friedens .....**

*»Wir wollen unser politisches Profil als Partei des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit weiter schärfen und uns als Partei des Alltags und Widerstands weiter entwickeln uns dabei den Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen verbinden mit grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen«, heißt es beim Landesvorstand im Kapitel »Wo wir hinwollen: politisch und organisatorisch«.*

105

Unsere friedenspolitischen Positionen sind ganz grundsätzlich aber unabhängig von den tatsächlichen weltpolitischen Ereignissen formuliert. Deshalb fällt es der Partei leicht, auf jeden Konflikt in gleicher und einförmiger Art zu reagieren: Wir sind für Frieden. Die jeweiligen Umstände interessieren deswegen nicht, weil das abstrakte Friedensbekenntnis wenig mit dem konkreten Konflikt zu tun hat, sondern dem innerparteilichen Standortbekenntnis dienen soll. Der Adressat des üblichen, stereotypen Friedensbekenntnisses in der LINKEN ist zumeist niemand Anderes als der eigene Genosse und die eigene Genossin.

110

115

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an den diesjährigen 80sten Jahrestag des Beginns des spanischen Bürgerkriegs. Wenn das aktuelle Abfeiern dieses Jahrestags als emblematischer Ausdruck internationalistischer Solidarität auch nur irgendeinen aktuellen Sinn haben soll, dann in der Erkenntnis, dass Pazifismus und internationalistische Solidarität sich durchaus in einem konfliktvollen Spannungsverhältnis zueinander bewegen können. Der Kampf um Kobane war eines der aktuellen Beispiele dafür. Die sozialistische Bewegung ist nie eine pazifistische Bewegung, aber immer eine Antimilitaristische gewesen. Und deswegen unterstützen oder rechtfertigen wir, welchen geopolitischen Vorwände auch immer vorgebracht werden, keine autoritären und antidemokratischen Regime. Unsere ungeteilte Solidarität gehört den Geflüchteten ebenso wie den Unterdrückten im Land selbst: in Syrien, wie in der Türkei, wie an unzähligen anderen Orten.

120

125

130 In diesem Sinn sind wir, die hessische Linke, eine Partei des Friedens.

#### ..... und der sozialen Gerechtigkeit

135 Unsere sozialen Forderungen, so richtig sie in jedem konkreten Fall auch sein mögen, sind einem traditionellen Bild der Arbeitsgesellschaft verhaftet und unsere Forderungen gehen über den Kreis reformistischen Keynesianismus nicht hinaus. Wo wir die Kritik am Neoliberalismus von der Kapitalismuskritik abtrennen, entsteht der Eindruck, wir strebten zurück zur »Idylle« des Sozialstaates der frühen 70er Jahre.

140 Schablonenhaft haben wir für fast alle Probleme zumindest die Forderung parat, dass die Reichen zahlen sollen, wobei gegen Unternehmens- und Vermögensbesteuerung nichts einzuwenden ist. Aber das ist eben die berühmte »Machtfrage« in dem Sinn, dass man es "macht" oder einfach nicht "machen" kann. Für das "Machen" bedarf es des Willens und der Fähigkeit, gesellschaftliche und parlamentarische Koalitionen einzugehen. Jedenfalls dann, wenn soziale Forderungskataloge keine ewigen Gebetsmühlen sein sollen.

150 Schließlich stehen wir neuen sozialen Ideen und Debatten zu oft ausgesprochen skeptisch bis ganz ablehnend gegenüber. Das ist besonders im Umgang mit jüngeren Menschen für uns ein Handicap.

#### **Rot-Rot-Grün, das untote Gespenst der LINKEN**

155 Das Thema Rot-Rot-Grün ist in weiten Teilen der LINKEN unbeliebt. Da wird nicht nur angefeindet, das Projekt wird auch regelmäßig totgesagt. Wenn die LINKE nicht selbstgefällig und auf schrumpfender Basis in der Opposition verharren will, wird eine ernsthafte Debatte darum, wie und mit wem man die CDU an der Bundesregierung ablösen und dem parlamentarischen Einfluss der AFD begegnen will unumgänglich sein.

160 » Wenn man konsequent sagt: Wir wollen eine Alternative und das geht nur mit Rot Rot Grün, dann ist das auch für die Gesellschaft glaubwürdig« (Gesine Schwan in der FR).

#### **165 Offensiv in der Flüchtlingsfrage**

Gegenwärtig ist die Deutsche und auch die EU-Politik voll darauf ausgerichtet, Flüchtlinge abzuschrecken und nicht nach Europa kommen zu lassen. Über legale Zugänge nach Europa wird gesprochen, aber davon ist nichts zu sehen.

170 Es wird auch für die LINKE nicht ausreichen, Ängste zu negieren, wie viele Geflüchtete dieses Land verkraften könne. Vielmehr sollten wir ein klares Konzept vorlegen zur Verteidigung des individuellen Grundrechts auf Asyl, davon getrennt ein

Einwanderungsgesetz für Menschen, die nicht verfolgt werden, aber nach Deutschland einwandern wollen und vor allem brauchen wir für akute Kriegsflüchtlinge schnelle Hilfen mit einer Kontingentregelung.

### **Die EU - ungeliebt**

Die Europäische Union hat in der Bevölkerung einen ganz schlechten Ruf, niemand liebt sie und doch wird das EU-Thema die politische Agenda der nächsten Zeit in hohem Maße bestimmen. Das deshalb, weil die Wirtschaftsfragen, die Eurokrise, das Flüchtlingsthema und der Brexit alle mit der Zukunft der EU zusammenhängen und auch der Frage eines wieder erstarken des Nationalismus.

Im Text des Landesvorstandes kommt Europa nur im Zusammenhang der Blockupy-Aktivitäten vor, wenn es da heißt: »*Blockupy stellt weiterhin die „soziale Herrschaftsfrage“ ins Zentrum und entwickelt gemeinsame Projekte der Intervention und des Aufbaus eines anderen Europas der Solidarität und des Konflikts entwickelt*«. Das ist für eine Partei, die die Welt verändern möchte etwas sehr dünn.

### **Die Gewaltenteilung verteidigen**

Der Landesvorstand möchte gerne, dass sichergestellt werde, dass die wesentlichen kommunalpolitischen Entscheidungen nicht in den Fraktionen, sondern in den Gremien der Partei entschieden werden. Damit begibt sich der Vorstand auf gefährlichen Pfad. Aber zumeist klappt das sowieso nicht und das ist auch gut so.

Traditionell gibt es in fast allen Parteien (so sie nicht reine Wahlvereine sind) ein Spannungsfeld zwischen den Parteigliederungen und den parlamentarischen Fraktionen. Zumindest organisatorisch sind die Fraktionen häufig den Parteigliederungen überlegen und voraus.

Dort, wo die Partei tatsächlich über die Arbeit der Fraktionen entscheidet oder es zumindest will, ist das zutiefst demokratische Prinzip der Gewaltenteilung gefährdet. Die Mitglieder eines Parlaments auch in den Gemeinderäten sind Teil der Legislative und haben ein Mandat. Die Gremien der Partei kommen dabei nicht vor. Dort, wo das Politbüro bestimmt, was die Regierung macht, herrscht keine Demokratie. Ohne Gewaltenteilung gibt es Willkür.

### **Stadt und Land und die leidige Demografie**

Die LINKE wird das Stadt-Land-Gefälle in Hessen nicht beseitigen können und auch nicht, wie dieses bei den städtischen und ländlichen Parteigliederungen zum Ausdruck kommt. Aber sicher ist es richtig, nicht nur die ländlichen Kreisverbände zu vernetzen, sondern sie politisch gegenüber den mitgliedsstarken städtischen Organisationen zu

215 stärken. Vielleicht ist es deshalb sinnvoll, zusätzlich zu den Kreisverbänden ländliche Regionalverbände zu bilden.

Was die politischen Forderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande angeht, haben wir noch etliches zu erarbeiten. Schon in den Ansätzen sind die  
220 Beurteilungen zum Bevölkerungsrückgang auf dem Lande und seiner politischen Bedeutung bei uns im Landesverband strittig.

### **Alltagspartei und Kümmerer**

225 Die LINKE soll stärker »Alltagspartei« werden (etwas komischer Begriff). Sie soll sich auch stärkere den Menschen in prekären Lebenslagen widmen und sie für uns gewinnen. Das ist natürlich richtig, nur scheint manche Genossen die Sorge zu beschleichen, dass wir mit dem zunehmenden Interesse junger akademisch gebildeter Menschen an unserer Partei unseren vermeintlichen Charakter als »sozialistische  
230 Arbeiterpartei« verlieren könnten.

Konkret möchte der Landesvorstand in allen Kreisen Sozialsprechstunden anbieten. Es liegt auf der Hand, dass man sich damit mehr Kontakte für die LINKE erhofft. Es stellen sich aber mehrere Fragen:

235 Wie sind überhaupt die tatsächlichen Erfahrungen (nicht Stimmungen) bei den wenigen Kreisverbänden, die dies schon machen? Können wir das flächendeckend überhaupt stemmen? Sind wir präsent und qualifiziert genug, dass wir den Beratungssuchenden was zu bieten haben? In etlichen Orten machen die Organisationen der Paritätischen und der Kirchen entsprechende Beratungen. Sie haben oft geöffnet und sie haben  
240 qualifiziertes Personal, das dies hauptberuflich macht. Davon hat zwar die LINKE nichts, aber bestimmt die Betroffenen.

Wäre es politisch nicht überhaupt richtig, dass die Kreise und Städte als öffentliche Aufgabe eine professionelle Sozialsprechstunde anböten (ist es nicht ein Widerspruch,  
245 dass der Staat, welcher für die soziale Misere verantwortlich ist, auch die Beratung durchführt? Gewiss, aber eben dieser Staat organisiert auch nach unserem Wunsch Kindergärten und Schulen, obwohl wir weder mit dem Schulsystem oder der herrschenden Pädagogik einverstanden sind.).

250

### **Zum Abschluss**

Die LINKE ist nun wahrlich nicht das Zentrum linker Analyse und Theoriebildung. Dabei gibt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Institut alle Mühe, Stoff zu liefern. Deshalb sollten wir nicht nur unsere Beteiligung an fortschrittlichen sozialen  
255 Bewegungen beschwören, ein wenig mehr Beachtung, was außerhalb der Parteilinken gedacht und diskutiert wird, täte uns bestimmt ganz gut.